

Die Kasernierung beginnt — Die ersten Arbeitskolonnen in Sachsen, Preußen und Südwestdeutschland — Proletarische Jugend: Organisiere den Abwehrkampf!

Das muß man den Reaktionen lassen: sie verstehen ihr Handwerk! Leider ist es nicht so, wie unsere republikanische und sozialdemokratische Presse es immer wieder hinstellen versucht, als ob die Befürworter des Arbeitsdienstes im Wolkenkuckuckshaus wohnen. Mit außerordentlichem Geschick und nie erlassender Intensität propagieren sie seit Kriegsende die Arbeitsdienstpflicht. Bald tauchte dieser, bald jener Plan auf. Zuerst sind es nur die Mannen des Jungdeutschen Ordens, später gesellen sich zu ihnen die Artamanen mit ihrem Landwerk. Die ersten praktischen Versuche sind noch recht winzig. Der Kreis der erfaßten Leute noch lächerlich klein. Aber die Propaganda erhält neuen Antrieb durch die Wirtschaftskrise in Deutschland. Die großen bürgerlichen Parteien schicken zunächst einige Journalisten und Doktoren vor, die positiv zum Gedanken der Arbeitsdienstpflicht Stellung nehmen. Gesetzentwürfe werden eingereicht. Besprechungen in den Ministerien finden statt. Ergebnis? Die gesetzliche Einführung der Arbeitsdienstpflicht wird einmütig abgelehnt. Nun können sich die Republikaner und Demokraten schlafen legen. Die Gefahren sind ja gebannt. Und die Häupter der SAJ und SPD sind auch beruhigt.

Aber zur selben Zeit ruft der Reichsminister die Wehrverbände, einschließlich des Reichsbanners zu einer Besprechung um den freiwilligen Arbeitsdienst in Ostpreußen ins Rollen zu bringen. Die Wehrverbände sollen pro Mann, der sich für diese Dienste anwerben läßt, einen noch genau festzulegenden Betrag aus Reichsmitteln erhalten.

Der Präsident des Arbeitsamtes

Herr Kälin, Präsident des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland, hat an die ihm unterstellten Arbeitsämter eine Dienstanweisung verschickt, aus der wir folgendes zitieren:

„Die Stuttgarter Studentenschaft möchte nach dem Vorbild der schweizerischen Studentenschaft und

in praktischer Erprobung des gegenwärtig viel erörterten Gedankens der Arbeitsdienstpflicht

in der Zeit von Anfang August bis Mitte Oktober d. J. eine freiwillige Arbeitskolonne in Württemberg durchführen. Gegenstand der Arbeitskolonne sollen zusätzliche Arbeiten (z. B. Boden-, Weidenverbesserungen, Wegebauten, Meliorationen, Drainagen, Kanalisierungen, Bach- und Wegeverbesserungen, Ausforstungen usw.) gemeinnützigen Charakters und vom volkswirtschaftlichem Werte sein.

Teilnehmer sollen zu ungefähr gleichen Teilen städtische Arbeitslose, ländliche Arbeitslose und Studenten sein. Die Finanzierung der Arbeitskolonne ist in der Weise gedacht, daß der Träger oder Nutznießer der Arbeit freie Unterkunft (eventuell in Baracken oder Schulen) und einen Teil der Verpflegung (eventuell in Naturheilen) zu leisten,

**Kämpf mit
der Kommunistischen
Jugend-Opposition!**

Also staatliche Unterstützung für die Knüttelgardien der Reaktion. So weit sind wir jetzt bereits in der Republik.

Unmittelbar darauf veröffentlicht die Braunkommission ihre dringliche Empfehlung des freiwilligen Arbeitsdienstes. In Sachsen führt der Jungdeutsche Orden Verhandlungen mit der Regierung zur baldigen Verwirklichung dieses Planes. Geplant sind zunächst Fließregulierungen. Die Arbeitsämter beginnen bereits Wohlgefallen an diesem Unternehmen zu finden. Die Front wird breiter. Aus den „Gegnern der Arbeitsdienstpflicht“ wurden über Nacht begeisterte Schildknappen des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes.

Und auf der anderen Seite? Die Gewerkschaften, die anfangs ebenfalls entrüstet die Arbeitsdienstpflicht ablehnten, sind jetzt auffallend zurückhaltend geworden. Haben sich etwa dort die Anschauungen gewandelt? Will man sich etwa gewissen staatspolitischen Notwendigkeiten — nämlich zu sparen — nicht verschließen? Warum dieses Schweigen in der freigewerkschaftlichen Jugendpresse gegenüber diesen niederträchtigen Machenschaften der Reaktion? Die jugendlichen Mitglieder der Gewerkschaften müssen klare Antwort von ihren Instanzen verlangen. Sie müssen fordern, daß endlich die Kraft der 300000 jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder in einer breiten einheitlichen Kampfbewegung gegen jegliche Form des Arbeitsdienstes eingesetzt wird.

ferner die nötigen Arbeitsobjekte bereitzustellen und die erforderlichen Baustoffe, unter Umständen auch das Arbeitsgerät zu liefern hat ... Die Arbeitskolonne gewährt den Teilnehmern freie Unterkunft und Verpflegung, ferner Arbeitskleidung, Arbeitsgeräte, Reisekosten, Versicherungsbeiträge und vielleicht auch ein Taschengeld von 50 Pfennig ...

Die Führer stellen sich vor

Im neuesten Flugblatt des „Volksbundes für Arbeitsdienst“ werden die Vorstands- und Bundesausschuß-Mitglieder der Öffentlichkeit präsentiert:

- Generalmajor a. D. Faupel,
- Dr. Herbert Schneider,
- Dr. H. Dähnhardt,
- Dr. Th. Merten
- Rittergutsbesitzer v. Eickstedt-Tantow,
- Geheimer Regierungsrat i. R., R. Böhmer.

Daß der Herr Generalmajor und der Herr Rittergutsbesitzer sich der Arbeitsdienstpflicht sind, ist wenig verwunderlich. Zu ihrem Beruf gehört Drill und Ausbeutung. Die proletarische Jugend aber ist dagegen, und darum bekämpft sie jede Art der Arbeitsdienstpflicht und des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Das böse Gewissen

Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände erklärt, daß er entgegen allen Pressemeldungen an den Beratungen in der Reichskanzlei am 5. Mai unter Vorsitz des Ministers Treviranus, wegen des freiwilligen Arbeitsdienstes nicht teilgenommen habe. Es wird feierlich betont, daß an den Reichsausschuß gar keine Einladung ergangen sei.

Ja, wenn er aber nun das nächste Mal eine solch böartige Aufforderung zur Teilnahme erhält. Was dann? Wird der Reichsausschuß dann an einer „positiven“ Gestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes mitwirken? Wird er ebenso schnell der Presse mitteilen, daß er grundsätzlich ein Gegner jeglicher Arbeitsdienstpflicht-Propaganda ist? Wir zweifeln daran! Und die Mitglieder der SAJ, der FGJ und des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, was sagen sie dazu. Uns scheint es ist allerhöchste Zeit vom Reichsausschuß ganz klare Antwort zu fordern. Und das ist die einzig mögliche Konsequenz, dieser Arbeitsgemeinschaft zur Aufrechterhaltung des Burgfriedens in der Jugendbewegung, so schnell als möglich den Rücken zu kehren. „Proletarische Jugendkartelle“ darum geht der Kampf!

Wie die Arbeitsdienstpflicht aussehen soll

In der „Bergwerkszeitung“ vom 14. Mai wird zur Arbeitsdienstpflicht Stellung genommen. Wie sich diese Zeitung der Schwerkapitalisten die Verwirklichung der Arbeitsdienstpflicht in der Praxis denkt, zeigen folgende Vorschläge: „Ältere verdiente Offiziere übernehmen für jedes Kommando die Führung ... Bei einem kleinen täglichen Taschengeld muß täglich 8 bis 10 Stunden gearbeitet werden. ... Besoldung: Leutnant bis Hauptmann Lohnung des alten Heeres ... Notwendig ist zunächst ein kleiner Staatszuschuß für all dieses Beginnen und von vornherein die Hauptbedingung, keine Pfunde zu schaffen, sondern dem ehemaligen Wehrdienst gleich für die gute Sache, für das geringste Entgelt zu arbeiten. ... Grundsätzlich ist dem Jugendlichen von 15 bis 20 Jahren bei Arbeitslosigkeit jegliche Unterstützung zu entziehen.“

Diese Vorschläge der Ausbeuterpresse lassen erkennen, wie systematisch und zielbewußt die Bourgeoisie auf die Einführung einer nach militärischem Muster aufgebauten Arbeitsdienstpflicht hinarbeitet. Neben der Schaffung einer Armee von billigen Arbeitskräften, Lohndrückern und zwangsweisen Arbeitswilligen bei Streiks soll gleichzeitig die Erziehung der proletarischen Jugend zur Wehrhaftigkeit und nationalen Gesinnung für den neudeutschen Imperialismus unter dem Drill von Offizieren vorschreiten.

Daß die Zwangsarbeit keine lächerliche Phantasie ist, sondern immer realere Formen anzunehmen beginnt, wird durch Tatsachen bestätigt. In Preußen geht man bereits zur praktischen Einführung der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht über. Nationalsozialistische Verbände aller Schattierungen im Bunde mit dem Reichsbanner stellen sich zur Verfügung. Das Braunschweig hat ebenfalls die freiwillige Arbeitsdienstpflicht mit Nachdruck empfohlen. Alles dies ist Vorarbeit für die von der Bourgeoisie und den Faschisten propagierten Arbeitsdienstpflicht.

